

Beilage zu Nummer 148 der Volksstimme.

Dienstag den 27. Juni 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 27. Juni 1916.

Die Bekämpfung des Kettenhandels.

Endlich soll nun auch gegen den gemeingefährlichen Kettenhandel härter vorgegangen werden. Mit dem morgigen Tage tritt eine neue Bundesratsverordnung in Kraft, die folgende wichtige Bestimmungen enthält:

Der Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 1. August 1916 ab nur solchen Personen gestattet, denen eine Erlaubnis zum Betriebe des Handels erteilt worden ist. Dies gilt auch für Personen, die bereits vor diesem Zeitpunkt Handel mit Lebens- oder Futtermitteln getrieben haben.

Diese Vorchrift findet keine Anwendung auf:

1. den Verkauf selbstgezeugener Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und Bienenzucht, der Jagd und Fischerei;

2. auf Kleinhandelsbetriebe, in denen Lebens- oder Futtermittel nur unmittelbar an Verbraucher abgegeben werden;

3. Personen, die nach anderen, während des Krieges erlassenen Vorschriften bereits eine Erlaubnis zum Handel mit Lebens- oder Futtermitteln erhalten haben, in den Grenzen der erteilten Erlaubnis;

4. Behörden und andere Stellen, denen amtlich die Beschaffung und Verteilung von Lebens- und Futtermitteln übertragen ist, auf andere in den Grenzen der Übertragung.

Die Erlaubnis kann zeitlich, örtlich und sachlich begrenzt werden. Wird sie zeitlich unbegrenzt erteilt, so wirkt sie für das gesamte Gebiet. Vorschriften, nach denen die Ausübung des Handels in bestimmten Lebens- oder Futtermitteln in einzelnen Teilen des Gebietes anderweitigen Beschränkungen unterliegt, bleiben unberührt.

Die Erlaubnis kann erteilt werden, wenn der Inhaber der Erlaubnis oder persönliche oder sonstige Gründe der Erteilung entgegenstehen oder wenn der Antragsteller vor dem 1. August 1914 mit Lebens- oder Futtermitteln nicht gehandelt hat.

Wird die Erlaubnis erteilt, so wird der Antragsteller oder wird der Handel unterstellt, so hat der Kommunalverband, in dessen Bezirk sich die Hauptniederlassung und in Ermangelung einer hiesigen Hauptniederlassung eine Zweigniederlassung befindet, die Vorräte an Lebensmitteln zu übernehmen und auf Rechnung und Kosten des Händlers zu verwalten. Mit dem Erlasse (§ 5) eingeleitet, so ist mit der Übernahme nach Möglichkeit zur Entscheidung über die Beschränkung zu worten.

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer ohne die erforderliche Erlaubnis entgegen § 4 Abs. 2 folgenden Unterjagung mit Lebens- oder Futtermitteln Handel treibt.

Wer den Preis für Lebens- oder Futtermittel durch unzulässige Nachschärfen, insbesondere Kettenhandel, steigert, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Es ist verboten, in periodischen Druckschriften oder in sonstiger Mitteilung, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind,

1. ohne vorherige Genehmigung der Polizeibehörde des Ortes, in dem die Niederlassung oder in Ermangelung einer solchen das Wohnort des Angeklagten sich zum Erwerb von Lebens- oder Futtermitteln zu erziehen und zur Abgabe von Preisangeboten aufzufordern;

2. bei Ankündigungen über Erwerb oder Veräußerung von Lebens- oder Futtermitteln oder über die Vermittlung solcher Geschäfte Angaben zu machen, die geeignet sind, einen Irrtum über die tatsächlichen Verhältnisse des Angelegenden oder die Menge der ihm zur Verfügung stehenden Vorräte oder über den Anlaß oder Zweck des Ankaufs und Verkaufs oder der Vermittlung zu erwecken.

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer diesen Vorschriften zuwiderhandelt.

Es muß abgewartet werden, ob durch diese neue Verordnung dem Kettenhandel wirklich das Handwerk gelegt ist. Bekanntlich besteht die Eigentümlichkeit dieses Handels darin, daß in den meisten Fällen die Ware gar nicht öffentlich an den Mann gebracht, sondern „unter der Hand“, d. h. durch mündliche Verabredung verkauft wird. Es wird für die Zukunft eine harte Kontrolle notwendig sein, um den Kettenhändlern auf die Spuren zu kommen.

Verband der Baugenossenschaften von Hessen-Nassau und Süddeutschland.

Am vergangenen Sonntag fand im Saale des Bürgervereins in Hanau der diesjährige ordentliche Verbandstag statt. Der Verbandsdirektor Geheimrat Dr. Schroeder (Kassel) eröffnete die Verhandlungen um 10 Uhr vormittags und begrüßte zunächst die erschienenen Ehren Gäste, namentlich die Vertreter des Ministeriums des Innern, die der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. und Kassel, Bürgermeister Wild (Hanau) u. a. m.

Die Einnahmen betrugen 1915 1268,50 Mark, die Ausgaben 143,21 Mark; es verblieb ein Bestand von 2423,35 Mark. Der Haushaltsplan für 1917 wurde mit 2800 Mark genehmigt. Die Mitgliedsbeiträge für 1917 wurden in der seitherigen Weise wieder festgesetzt.

Dem Bericht des Verbandsdirektors war zu entnehmen, daß dem Verband 32 Baugenossenschaften, 5 Aktiengesellschaften und 5 Gesellschaften m. b. H. angehören. Diese umfassen einen Mitgliederbestand von 7483 Genossen, welche 10.144 Geschäftsanteile im Werte von 1.238.000 Mark zeichnen. An Mitglieder sind zu verzeichnen 1.188 Mark, an Verlust durch Verlassen von Wohnungen 44.180 Mark, das ergibt ein Mehr von 40.905 Mark Verlust gegen das Vorjahr. Die Zahlen beweisen, daß, wenn der Krieg noch lange dauert, sich für die Baugenossenschaften große Schwierigkeiten ergeben dürften. Ob die seitherigen Maßnahmen an Kriegsteilnehmer in hohem Maße aufrechterhalten lassen, sei fraglich. Viele Baugenossenschaften hätten im abgelaufenen Jahre infolge Mangels an Mitteln an den Anschaffungskosten sehr gelitten; das sei sehr bedauerlich und könne für später unangenehme Folgen haben. Die Bauwirtschaft habe im ganzen gelitten. Empfohlen wurde, bei Neubauten stets darauf bedacht zu sein, den Mietern ein kleines Stübchen lands zur Verfügung stellen zu können. Den Ansiedlungsbestrebungen von Kriegsteilnehmern habe der Landesversicherungsanstalt sympathisch gegenüber; eine weitere Förderung wird in Aussicht gestellt. Einbindung von Kapitalabzügen habe in einzelnen Fällen stattgefunden; jedoch könne nur in ganz ausnahmshafte Fällen und auf nur kurze Zeit geschehen. Ueber die Schwierigkeiten der nächsten Monate, die wohl die schwersten in diesem Kriege seien, würden hoffentlich auch die Baugenossenschaften hinwegkommen, um nach einem baldigen ehrenvollen Frieden ihre Tätigkeit in der Förderung des Kleinwohnungsbaues wieder aufnehmen zu können.

Der Vertreter des Ministeriums des Innern erklärte u. a., daß wohl nirgends, bei keiner amtlichen Stelle, daran gedacht worden sei, den seitherigen Zinsfuß bei Darlehen zu erhöhen; ob aber neue Kapitalien noch zum alten Zinsfuß hergegeben werden könnten, sei sehr fraglich. Damit sei wohl heute schon als sicher anzunehmen, daß teurer gebaut würde und leider eine Mietregulierung noch vorgenommen werden muß.

Der Verbandsanwalt Dr. Krüger referierte über den Einfluß des Krieges auf das Genossenschaftswesen

unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse der Baugenossenschaften. Er stieß auf dem Standpunkt, daß alle Schwierigkeiten überwunden werden können. Die Entwicklung aller wirtschaftlichen Kräfte, die Wunder der Technik, die beispiellosen Erfindungen der neuen Zeit, das Bewußtsein jedes einzelnen zum Durchhalten habe England einen Strich durch die Aufbesserungsabsichten gemacht. Heute erleben wir in Deutschland, daß wir uns fast allein durchhalten können, ohne Hilfe des Auslandes, wenn auch nicht in dem Maße wie vorher. Deutschland sei ohne ein allgemeines Notatorium ausgekommen. Wo wären die Baugenossenschaften mit einem solchen hingekommen? Er hoffe, daß man für die Zukunft den Konsum- und Baugenossenschaften etwas mehr entgegenkommen gelte; beide hätten in diesem Kriege ihren Mann gestellt. Die Baugenossenschaften hätten durch den soliden Untergrund so fertig gebracht, ohne große Schwierigkeiten den Krieg bis heute zu überwinden. Die Beschränkung der Reparaturen von einzelnen Baugenossenschaften habe er für bedenklich; das sei ein Sparen am unrichtigen Orte, weil später die Mittel dazu erst recht nicht vorhanden seien. Auch er empfehle Vorsicht bei einem eventuellen Rückgang der Rente und noch größere Vorsicht bei einem eventuellen Preisrückgang. Hierher 1 Prozent an Dividende weniger zahlen, damit sei den Baugenossenschaften mehr gedient. Nach dem Kriege dürfte eine wirtschaftliche Hochkonjunktur eintreten und damit eine erhöhte Bautätigkeit. Er empfehle heute schon, sich nicht dadurch hintersetzen zu lassen, erst genau zu prüfen, ob man bauen sollte; wenn auch die Mittel zur Verfügung gestellt werden, muß sehr vorsichtig für die Zukunft kalkuliert werden.

Stadtrat Bruno Schmidt weist ebenfalls auf die Schwierigkeiten hin, die den Baugenossenschaften nach dem Kriege drohen. Große Wohnungen werden leer stehen, kleine Wohnungen immer mehr verlangt werden. Eine Preissteigerung sei sehr schwer durchführbar, auch habe er eine Reduzierung der Mietnachteile in Betracht der sehr teuren wirtschaftlichen Verhältnisse für ein Umding. Auch an eine Reduzierung der Dividende sei nicht zu denken; ginge man unter der Bindung der Sparpläne herunter, dann würden viele Genossen austreten. Bezüglich der Einbindung von Kapitalabzügen empfehle Redner weitestmögliches Entgegenkommen.

Im weiteren Bericht über das vom Volks-Vor- und Sparverein Frankfurt a. M. ins Leben gerufene Kinderheim und Bittel, dort, wo es möglich sei, ähnliche Einrichtungen zu treffen.

Verbandsreferent Wehmuth (Kassel) berichtete, daß im abgelaufenen Jahre 18 Baugenossenschaften revidiert wurden; nennenswerte Beanstandungen wurden nicht gemacht.

Die Festlegung des Ortes der nächsten Jahresversammlung wurde dem Vorstand überlassen; gemeint hatten sich Straßburg, Reg. und Göttingen.

In den Vorstand wurde der auscheidende Verbandsdirektor Dr. Schroeder einstimmig wiedergewählt.

Die Kriegsgewinnbesteuerung der Baugenossenschaften geigte eine rege Aussprache, dürfte aber bei den meisten Genossenschaften in Frage kommen.

Am Nachmittag wurden dann die Verhandlungen mit dem Wünsche geschlossen, daß die nächste Tagung im Zeichen des Friedens stünde.

Am Sonntag nachmittag fand unter Führung des Hanauer Genossenschaftsvorstandes eine Besichtigung der Arbeiterhäuser der Gemeinnützigen Baugesellschaft und des St. Josef-Bauvereins statt.

Zuckermarkt. Der Magistrat hatte kürzlich Erhebungen angefertigt, wieviel Einmachzucker von der Bevölkerung gewünscht wird. 6000 Zentner wurden angemeldet; der Magistrat erfuhr bei der Einkaufszentrale am Fiskus von 3000 Zentnern. Heute wird nun bekannt, daß der Stadt Wiesbaden nur 628 Zentner Einmachzucker zugewiesen worden ist. Der Magistrat sieht ein, daß diese Menge niemals langen wird und ist beabsichtigt, aus eigenen Vorräten das Quantum zu erhöhen. Jedenfalls weiß die Bevölkerung jetzt, woran sie ist!

Keine Vorratshaltung. Der Stadtrat von Kassel hat (Mai 1916) folgende Verordnung erlassen:

„Die Abgabe von Fleisch- und Wurstwaren an Haushaltungen gegen Vorratshaltung wird durch eine Bekanntmachung des Stadtrats bis auf weiteres verboten. Die Fleischabgabe darf nur im offenen Ladengeschäft erfolgen. Fleischwaren aller Art dürfen an Haushaltungen nur in einer Höchstmenge von 2 Pfund, Wurstwaren nur in einer Menge bis zu einem Pfund auf einmal gegen Fleischmarken zum Verkauf gelangen. Die Abgabe vorbestehender Mengen an Verbraucher gegen Vorratshaltung darf nicht bewilligt werden.“

Durch dieses Verbot wird natürlich der bestehende Mangel an Fleisch nicht beseitigt. Aber es spricht wenigstens der gute Wille daraus, dem vielfach beobachteten Unfug der Aufbewahrung und des Verkaufs von größeren Mengen an diejenigen, die über einen größeren Geldbeutel verfügen, ein Ende zu machen. Natürlich ist, wenn eine solche Verordnung erlassen wird, zu ihrer wirkungsvollen Durchführung ein strenges Kontrollsystem nötig.

Durchsuchung nach Eiern. Auf Veranlassung des Landratsamtes in Woblen wurden dem „Berliner Tageblatt“ zufolge bei mehreren Handelshäusern Durchsuchungen nach Eiern vorgenommen. Auf einer Stelle wurden 194 Schöck (ein Schöck sind 60 Stück), auf einer anderen 6000 Eier vorgefunden und beschlagnahmt.

Vollvorstellungen im Künigl. Theater. Am Donnerstag findet die 8. Vollvorstellung statt. Zur Aufführung gelangt „Halsaff“, Oper von Verdi. Am Freitag den 30. Juni gelangt als 9. Vollvorstellung „Graf Waldemar“, Schauspiel von Gustav Freytag, und am Samstag den 1. Juli als 10. und letzte Vollvorstellung in dieser Saison Gustav Freytags Lustspiel „Die Journalisten“ zu vollständigen Kreisen zur Aufführung. Die Einkaufskarten zu diesen drei Vorstellungen sind von Mittwoch den 28. Juni vormittags ab im Gewerkschaftshaus zu haben. Die vorbestehenden Karten erlöschen wir bis spätestens Donnerstag abzuholen, andernfalls dieselben verkauft werden. Den Besuch dieser Vorstellungen können wir den Partei- und Gewerkschaftsmitteln nur empfehlen.

Sonntagzüge nach dem Taunus. Vom 2. Juli ab werden Sonntags folgende Züge bis auf weiteres regelmäßig gefahren: Verdonung 698 (2. bis 4. Klasse) Eppstein ab 8.25 Uhr abends, Vordach an 8.32, ab 8.34, Hofheim an 8.41, ab 8.43, Krißfeld an 8.47, ab 8.49, Höchst a. M. an 8.57, ab 9.00, Ried an 9.04, ab 9.06, Orlesheim an 9.10, ab 9.11, Frankfurt a. M. Hauptbahnhof an 9.19 Uhr. Verdonung 2092 (2. bis 4. Klasse) Wehrheim ab 7.36 Uhr abends, Saalburg an 7.41, ab 7.44, Kippert an 7.53, ab 7.55, Friedrichsdorf an 8.00, ab 8.02, Seuberg an 8.05, ab 8.06, Bad Nauheim an 8.12, ab 8.18, Oberursel an 8.25, ab 8.27, Wehrheim an 8.33, ab 8.35, Frankfurt-Rödelheim an 8.44, ab 8.45, Frankfurt-West an 8.50, ab 8.52, Frankfurt-Hauptbahnhof an 9.00 Uhr.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Säckerstein, 26. Juni. (Unfall im Hafen.) Im Säckerstein Hafen kenterte in den Rontons am Sonntag abend gegen 10 Uhr ein mit 4 Personen besetztes Ruderboot. Die Insassen, Mann, Frau und 2 schulpflichtige Kinder, fielen ins Wasser und konnten nur durch rasche Hilfe von anwesenden Schiffen vom Tode des Ertrinkens gerettet werden. Um diese späte Zeit sollte doch endlich das Fahren mit Nachen auf dem Rhein verboten werden.

Bereine und Versammlungen.

Wiesbaden. A. G. B. „Freundschaft“. Dienstag: Probe für Männer- und Frauendorf.

Diebisch. A. G. B. „Gottfried“. Mittwoch 1/2 9 Uhr: Gefangtunde.

Aus den umliegenden Kreisen.

Kreistag.

Hanau, 27. Juni. Der Kreistag beschloß die Aufnahme einer weiteren Anleihe von 1.022.000 Mark zur vorläufigen Zahlung der Reichsunterstützungen an die Kriegsfamilien. Zur Uebernahme der Anleihe hat sich die Landeskreditkasse zu Kassel gegen Zahlung von 5 Prozent Zinsen bereit erklärt. Zugestimmt wurde ferner der Anstellung eines Kreisbankdirektors für die Dauer des Krieges. Der Kreisbauplan für 1916 schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit 2.392.100 Mark. Der Voranschlag der Kreisportasse für 1916 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 28.200 Mark festgestellt; der Voranschlag der Kreisjünglingsweide auf 10.700 Mark.

Bad Homburg, 26. Juni. (Ein Schlagbereiter Herr) ist der Besitzer zum „Hotel Adler“, Herr Blesche. Wie uns mitgeteilt wird, wollte ein hiesiger Handwerker, der einen Aus Fremden bedient hatte, dafür sein Geld haben. Er begab sich in die Hotelküche, um beim Zimmermädchen Erfindungen über den Fremden einzuziehen und zu seinem Gelde zu gelangen. Herr Blesche ließ sich jedoch auf die berechtigten Wünsche des armen Handwerkers nicht ein, vielmehr warf er ihn mit drei Stößen zur Tür hinaus. „Ich schlage Ihnen ins Gesicht“, rief der Herr im Hote noch. Ob der Besitzer des „Hotel Adler“ seine Gäste ebenso liebenswürdig behandelt?

Höchst a. M., 26. Juni. (20.000 Pfd. minderwertiges Rindfleisch — zur Verfügung.) Ein hiesiges großes Kaufhaus bezog vor einiger Zeit von der Firma „Specht, Anders & Co., Hamburg, Neuer Wall, Telephon-Gruppe 4935“ etwa 20.000 Pfund Rindfleisch unter der Zusicherung, daß die Ware allerfeinster Qualität sei. Das Fleisch war aber bei seiner Ankunft in Höchst zum größten Teil verdorben. Selbstverständlich lehnte der Empfänger eine derartige Ware ab und stellte sie den Hamburgern zur Verfügung. Nunmehr bietet die Hamburger Firma die 20.000 Pfd. als „zweite Qualität“, den Zentner für 300 Mark, in der „Frankfurter Zeitung“ aus.

Soffenheim, 27. Juni. (Traurige Zustände auf dem Lande.) Eine Anzahl Arbeiter- und Arbeiterfrauen berichten uns, daß die Zustände in Soffenheim bezüglich der Lebensmittelversorgung von Tag zu Tag untragbarer werden. Besondere Erbitterung herrsche über das Verhalten des Bürgermeisters, der nur das Wohl und Wehe der angehenden Landwirte, mit denen er auf sehr autem Fuß steht, auch durch verwandtschaftliche Bande verknüpft ist, im Auge hat. Man sollte es nicht für möglich halten, daß die industrielle Bevölkerung am Orte buchstäblich keine Kartoffel mehr kaufen kann, obwohl die Bauern noch Vorräte haben. Am Freitag vor 8 Tagen gingen Frauen zum Bürgermeister und baten, doch Kartoffeln zu beschaffen. Bei dieser Gelegenheit wurde eine arme Arbeiterfrau, die für ihre hungernden Kinder Zubehörfaktoren wünschte, in wenig höflicher Form aus dem Bureau verwiesen. Der Amtsdirektor Wagner sagte zu einigen Frauen: „Eßt das Laub von den Bäumen!“ Etwa 25 Frauen marschierten nach diesen Erlebnissen auf das Landratsamt, dort wurde ihnen, nachdem der Landrat mit dem Bürgermeister telefonisch gesprochen hatte, der Bescheid, die Frauen müßten nur wieder heimkommen, jetzt seien Kartoffeln da. Die Leute wurden nun an die reiche und begüterte Bauernmotive Moos verwiesen, die kurz vorher sich geäußert hatte: „Ich gebe keine Kartoffeln heraus, und wenn ich mich mit dem drauffehen muß.“ Als sie aber nun doch den Keller öffnen und etwa 30 Zentner Kartoffeln herausgeben mußte, äußerte sie: „Ihr werdet schon sehen, was für Dred ich euch für euer Geld gebe.“ Und so war es denn auch. Ein Drittel der jetzt so gesuchten Erdfrüchte waren faul und ungenießbar. Also draußen hungern die Menschen und in den Kellern der reichen Landwirte verfaulen die gesuchten Nahrungsmittel. Gibt es für einen solchen Skandal überhaupt noch Worte? Wie die Nahrungsmittel in Soffenheim verteilt werden, geht daraus hervor, daß bei der Eieraufgabe Landwirte, die selbst Kühen haben, Eier erhalten, Arbeiterfrauen aber nicht. Will der Landrat nicht einmal nach dem Rechten sehen?

Stammheim, 27. Juni. (Zur Lebensmittelnot.) Wie die Verteilung der Lebensmittel auf dem Lande organisiert ist, davon haben die Städter keinen Begriff. Hier ist man vollkommen der Willkür der Agrarier ausgeliefert. Diejenigen Bauern liefern die Milch nach der Melkerlei Hertenstadt, dafür können sie jeden Tag Butter bekommen; die Arbeiterfamilien dagegen bekommen in den seltensten Fällen Butter; zurzeit bekommen sie überhaupt keine. Ein Bauer von hier schickt die Butter nach Berlin, jedenfalls um ein besseres Geschäft zu machen. Die armen Familien am Orte können troden Brot essen. Das ist der Patriotismus und die Vaterlands-Liebe der Bauern! Jeder Ort hat nach der neuen Verordnung für sich selbst zu sorgen; das wird aber hier nicht beachtet; jedenfalls gehen die Eimaren per Post aus Stammheim hinaus. Warum werden die Pakete an der Post nicht revidiert? Unserem Bürgermeister liegt überhaupt nichts daran, denn er hat seine volle Kompottschüssel. Das Kreiskomitee müßte sofort und ohne Zögern einschreiten, damit die landwirtschaftlichen Produkte in Stammheim bleiben, soweit dafür Nachfrage ist. Eier werden ebenfalls auf un lautere Wege fortgeschafft. Den glücklichen Landwirten fehlt es also an nichts, im Gegenteil, sie haben goldene Reiten und bekommen alles sehr gut bezahlt. Die Karole der Landwirte lautet: „Wucher! Und die Behörde sieht den Dingen ruhig zu. Wie lange noch?

Hanau, 27. Juni. (Keine Zufahrtsmarken diese Woche.) Wie mitgeteilt wird, werden Anträge auf Erteilung von Zufahrtsmarken diese Woche nicht entgegengenommen. — (13. bis 14.00 Mark) wurden dem Gärtner Karl Jansen in Kesselbach in der Nacht zum 26. Juni aus einem eisernen Behälter in seiner Wohnung gestohlen. — (Aus der Strafkammer.) Wegen Herstellung von Puddingcreme erkannte die Strafkammer gegen die Inhaberin des hiesigen Automaten, Anna Bamberger, auf 10 Mark Geldstrafe. Die Frau hatte diese Puddingcreme in ihrem Geschäft gewerbsmäßig hergestellt und dazu Milch und Sahne verwendet. Nur im Hausbrot darf Puddingcreme hergestellt werden. Das Verbot richtet sich gegen Konditoreien, Automaten, Wurstwaren usw. — (Wegen Diebstahls) erhielten zwei

jungenliche Burschen 6 bzw. 3 Monate Gefängnis. Sie hatten einen Randwirt aus Gomborn 550 Mark aus einem Kasten am Fuhrwerk gestohlen. Die Tante des einen Jungen wurde wegen Hehlerei mit 2 Monaten Gefängnis bestraft. Auch des Einbruches im Gewerkschaftshaus im Dezember vorigen Jahres wurde einer der Jungen beschuldigt, es mußte aber auf Freisprechung erkannt werden.

Großauheim, 27. Juni. (Beim Bootfahren ertrunken.) Drei Soldaten, die hier einquartiert sind, machten auf dem Rhein in der Nähe unseres Ortes eine Bootsfahrt. Das Boot kenterte, und alle drei stürzten ins Wasser. Zwei Soldaten retteten sich durch Schwimmen rechtzeitig, der Kanonier Markmann erlitt einen Herzschlag und ertrank. Seine Leiche wurde in der Nähe der Eisenbahnbrücke gelandet.

Bad-Nauheim, 26. Juni. (Umgebung der Höchstpreise.) Trotz der amtlich festgesetzten Höchstpreise wurden am letzten Samstag hier mehrere tausend Eier „ausländischen“ Ursprungs für 35 Pfg. das Stück verkauft. Die Nachfrage war derartig stark, daß die Vorräte im Sandumdehen verkauft waren. Für heimische Eier verlangen die Bauern 30 Pfg. Die Höchstpreise betragen 22 Pfg. für das Stück.

Offenbach, 27. Juni. (Zu Straßenaufläufen.) Am Samstag mittag in Offenbach wegen der mangelnden Lebensmittelversorgung durch die Stadt. Mit den Ausrufen: „Wir haben Hunger und wollen Brot“ zogen Frauen und Kinder durch die Straßen; die Polizei verhielt sich ruhig und das Militär hatte Stadtbefehl. Abends sammelte sich eine größere Menschenmenge vor der Villa des Oberbürgermeisters Dr. Düllo; zu größeren Ausschreitungen kam es nicht.

Mörfelden, 25. Juni. (In der Gemeinderatsitzung) am Sonntagabend wurde den Gemeinderatsmitgliedern Richter, Siegel, Scherer, Schmitt und den Beherren Weil und Weinheimer, die seither als Fleischkommission amtierten, die Verteilung der gesamten Lebensmittel übertragen. Als oberstes Gesetz machten wir dieser Kommission gleichmäßige Rationierung auf die Gesamtzahl der Einwohner empfehlen. Dies kann nur nach dem System der letzten Butterverteilung am Freitag geschehen; bei dieser Verteilung ging niemand leer aus, und wenn die Einwohner die Geduld haben, daß ihnen ihre Ware verbleibt, dann hört auch das geradezu lebensgefährliche Gedränge bei der Verteilung auf. Selbstverständlich müßte aber die Ausgabe der Lebensmittel durch die Gemeinde selbst und in getrennten Zeitabschnitten jeweils für einen Teil der Einwohner stattfinden. Die bisher gehabte Verteilung an die Händler ist ein Mißstand, der unbedingt beseitigt werden muß. Wer will kontrollieren, ob ein Händler einem Kunden, dem er günstig gefällig ist, seinen Kauf auf der Lebensmittelkarte vermerkt? Dieser Käufer hat dann Gelegenheit, seinen ihm zustehenden Teil noch einmal zu kaufen und ein anderer Bürger geht dann leer aus. In der Sitzung wurde auf Anregung des Kreisamts die Einführung einer Gemeinde-Grundsteuer von 5 Mark für das Jahr beschlossen. Die Anfrage, ob der im Felde stehende Nachschuß bei schon zur Beamtenpensionskasse angemeldet sei, rief, daß das immer noch nicht gegeben ist, eine lebhafte Aussprache hervor. Wenn wir nicht irren, war dem Gemeinderat schon in einer Sitzung im März die Zuhilfenahme gegeben worden, daß die Anmeldung nunmehr erfolgen solle. In einer der letzten Sitzungen wurde wiederholt an die Erledigung dieser Sache erinnert und heute ist alles noch beim alten. Hat man für diese einfache Anmeldung nicht die nötige Zeit übrig oder steckt ein persönlicher Grund hinter dieser Verzögerung?

Vingen, 26. Juni. (Priv.-Telegr.) (Der Verband der Kunstfreunde) in den Ländern am Rhein hielt gestern auf der Burg Klopp in Vingen seine 12. Jahresversammlung ab. Er konnte erfreulicherweise im vergangenen Jahre den bedrängten Künstlern des rheinländischen Gebietes 20 000 Mark zuwenden. In der Versammlung wurde bekanntgegeben, daß der Konful Friederich in Düsseldorf zum zweiten Male eine Stiftung von 25 000 Mark gemacht hat.

Limburg, 27. Juni. (Der Landesverband Nassau-Frankfurt a. M. der Fortschrittlichen Volkspartei) hielt am Sonntag hier einen Parteitag ab, auf dem fast alle angeschlossenen Wahlkreise durch etwa 50 Delegierte vertreten waren. Die Berichte über die Lage und Tätigkeit der Partei in den einzelnen Wahlkreisen ergaben, daß überall die Organisationen für neue Arbeit nach dem Krieg bereit gehalten werden. In der Besprechung der Berichte behandelte Abg. Kopp von der Zentralleitung die Stellung der Fortschrittlichen Volkspartei zu den übrigen Parteien, die Tätigkeit der Partei in den Parlamenten, insbesondere im Reichstag, ferner die Stellung zur U-Wahlfrage und zu den Steuerentwürfen, und rief für die Vorbereitung der kommenden Reichstagswahlen zu eifriger Organisationsarbeit auf. Abg. Dezer machte Mitteilungen über die Wirtschaftslage und ihre voraussichtliche Entwicklung, indem er die vorhandenen Schwierigkeiten erklärte und die Notwendigkeit ihrer Überwindung betonte. Zu den allgemein-politischen Fragen wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Der Landesparteitag der Fortschrittlichen Volkspartei Nassau-Frankfurt a. M. erklärt sich mit der Haltung der volksparteilichen Abgeordneten im Reichstag und Landtag einverstanden, insbesondere auch damit, daß sie sich in ihren Entschließungen in der Frage des U-Wahlkampfes, sowie der Steuerentwürfen ausschließlich von dem Gebot vaterländischer Pflicht leiten lassen. Der Parteitag dankt den Vertretern der Partei für ihre opferbereite Arbeit im Dienste der Gesamtheit. Für die Zeit einer Neuorientierung der inneren Politik nach dem Kriege spricht der Parteitag die Anschauung aus, daß die Förderung der freiheitlichen Ausgestaltung des Staatswesens und der Gleichberechtigung aller Staatsbürger nach wie vor mit Nachdruck erhoben und vertreten werden muß.“

Aus Frankfurt a. M. Verbotene Parteigenossen.

Wir berichteten gestern, daß auf der Parteikonferenz für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M. der Beschluß gefaßt wurde, die Presse nicht zuzulassen. An sich schon ein komisch anmutender Beschluß, wenn man bedenkt, daß es sich in der Hauptsache um Berichterstatter handelte, die für die Parteipresse berichten wollten. Ganz abgesehen davon, daß es bisher überhaupt nicht üblich war, auf solchen Konferenzen Pressevertreter, und noch dazu parteigenössliche! — auszuweisen. Aber der Beschluß erhält jetzt noch eine besondere Bedeutung durch einen Vorgang, der deutlich zeigt, daß es der Konferenz offenbar nur darauf ankam, die „Volkstimme“ auszuschließen. Wir schlußfolgern das aus folgender Tatsache:

In seiner gestrigen Abendausgabe bringt der „General-Anzeiger“ einen Bericht über die Konferenz und druckt dabei die Resolution ab, die von der Konferenz gegen

die „Volkstimme“ gefaßt wurde. Wie ist der „General-Anzeiger“ in den Besitz dieser Resolution gekommen? Sehr einfach. Sein Berichterstatter hielt sich nicht an die getroffene Abmachung, nichts zu bringen, sondern suchte abends einige bekannte Personen auf, die bei der Konferenz mitgewirkt hatten, und suchte Näheres über die Tagung zu erfahren. Dabei wurde er, wie man uns sagt, vom Genossen Bortune an Genosse Otto, den stellvertretenden Sekretär des Agitationsbezirks Frankfurt a. M. verwiesen, der ihm die Resolution gab.

Es ist also die betrübende Tatsache zu konstatieren, daß einer leitenden Person im Agitationskomitee der „General-Anzeiger“ näher steht, wie die „Volkstimme“. Uns wundert dies weiter nicht; die Opposition treibt ja in ihrem blinden Eifer mit voller Absicht Genossen in die Arme der General-Anzeigerpresse. Die Taktik wird sich an ihren Urhebern noch bitter rächen. Wie hat man früher sich entrüstet, wenn auf bürgerlichen Tagungen die Parteipresse nicht zugelassen wurde; wie hat man früher die General-Anzeigerpresse als ihrer Gesinnungslosigkeit verdächtigt. Und heute häßlich und bevorzugt man sie! Und das tun Leute, die sich auf ihre Grundfesten festgesetzt was ganz besonderes zu gute tun. Es genügt, diese Tatsache festzustellen, um die ganze Verböhrtheit einzelner Genossen der Minderheit ins rechte Licht zu rücken.

Im übrigen schließen wir uns ganz dem Urteil an, das das „Offenbacher Abendblatt“ über den Beschluß, die Pressevertreter nicht zuzulassen, fällt. Es schreibt: „Wir können also über den weiteren Verlauf unserer Feiern nichts berichten. Denn jenen angekündigten offiziellen Bericht zu bringen, müssen wir aus Gründen der Selbstachtung natürlich ablehnen. Das werden nach Kenntnis der Vorgänge sicher auch die meisten übrigen Parteiblätter tun. So daß also der Beschluß unter den obwaltenden Umständen auf eine fast völlige Ausschaltung der Presseberichterstattung hinauskommt. Das mußten sich die Verteidiger des offiziellen Berichts selber sagen. Jedenfalls mögen die Vorgänge, wie man sich in Minderheitskreisen die sachliche Auseinandersetzung über die schwebenden Meinungsverschiedenheiten denkt. Die unerhörte Verdrängung der Berichterstatter — es waren nur Parteigenossen als solche anwesend — durch Dr. Wagner, als sei man bei ihnen vor Eitelkeit nicht sicher, ist eine Gemeinheit allererdingster schäbiger Art. Sie kennzeichnet die Kampfesweise dieses Sonauer Wortführers der Minderheit. Weit bezeichnender aber ist die Tatsache, daß keiner unter den Delegierten sich fand, der gegen solche Infamie Protest erhoben hätte. Ob Dr. Wagner wohl auch für sich und andere auf der Konferenz Anwesende die Abgabe jener ehrenwürdigen Versicherung zur Bedingung der Teilnahme gemacht hat? — Uebrigens welche mutige Hilfe von Selbstgerechtigkeit: anderen traut man objektive Berichterstattung nicht zu, selbst aber will man, obwohl man Partei im ausgeprochensten Sinne ist, rein „objektiv“ berichten! Wer's glaubt!...“

Kartoffeln und Brotscheine.

Vom Städtischen Lebensmittelamt wird uns geschrieben. Infolge der neuen Verordnung betreffend die Verabreichung der Kartoffelration war der Andrang des Publikums bei den Kartoffelhändlern und namentlich auch in der Markthalle 4 sehr groß. Es scheint, als ob unsere Bevölkerung, die zwar im allgemeinen mit dem gewährten Ertrag an Brot durchaus zufrieden ist, aus der Befürchtung, sich nicht rechtzeitig mit Kartoffeln versorgen zu können, mehr ankauft, als sie für die nächsten Tage nötig hat. Diese Befürchtung aber ist unbegründet, denn durch die Verabreichung der Kartoffelration werden die der Stadt noch zur Verfügung stehenden Vorräte und die eingehende Zufuhr genügend gestreckt. Vor allem aber stehen der Stadt ausreichende Mehlmengen als Ersatz zur Verfügung. Im Interesse unserer Gesamtbevölkerung muß vor diesen „Kartoffelhysterikern“ dringend gewarnt werden! Sparsamkeit und richtige Einteilung des Verbrauchs ist freilich erforderlich, denn jedermann muß mit der ihm bis zum 15. Juli nach seiner Kartoffelkarte zustehenden Kartoffelmenge, also 1/2 Pfund für den Kopf und Tag, und den als Ersatz gewährten Brotscheinen, bis zu diesem Termin ausreichen. Daher: Sparsamkeit und richtig einteilen! Eine solchen erlassene Verordnung des Städtischen Lebensmittelamts stellt den mißbräuchlichen Umlauf von Kartoffelscheinen gegen Brotscheine seitens der Kartoffelhändler unter schwere Strafe und weist darauf hin, daß nur der Verbraucher, dagegen nicht der Händler zum Bezuge des Ertrages an Brotscheinen berechtigt ist.

Zwangswelter Kartoffelverkauf. In der G. Brühlingschen Filiale zu Bockenheim, Ede Schloß, und Kurfürstenstraße, melierte sich gestern die Filialleiterin, zahlreich nach Kartoffeln hungernden Frauen die noch im Laden vorhandenen Vorräte — mehrere Zentner — zu verkaufen. „Es sind keine mehr da!“ meinte in schnippischer Art die Verkäuferin. Die Frauen gaben sich aber damit nicht zufrieden und gingen aufs nahe Polizeirevier. Dieses ließ sofort durch mehrere Schuppleute eine Lebensdurchsuchung vornehmen, die selbstverständlich das Vorhandensein der Kartoffeln ergab. Die Ware wurde nunmehr unter polizeilicher Aufsicht reiblos verkauft. — Wie wir hören, sollen auch in anderen Bockheimer Materialwarengeschäften Kartoffeln zwar vorhanden sein, sie werden aber nicht verkauft, weil sie schon „bestellt“ sind. Nach unseren, an maßgebender Stelle eingehenden Erkundigungen sind die Händler unter allen Umständen verpflichtet, die ihnen zugewiesenen Kartoffeln sofort zu verkaufen und nicht als vorbestellte Ware „als bestellt“ aufzubewahren. Weigert sich ein Händler, vorbestellte Kartoffeln zu verkaufen, so geht man unverzüglich auf zuständige Behörde. „Ewe sin mer oll Ranne.“

Reinverlebenspreise. Als angemessene Marktpreise wurden am Dienstag den 27. Juni folgende festgesetzt: Gemüse: das Pfund Erbsen 35 Pfg., Aushalt 10 bis 12 Pfg., Kopfsalat 8 bis 10 Pfg., Rettich 10 bis 15 Pfg., Spinat das Pfund 15 bis 22 Pfg., Weißkohl 18 bis 24 Pfg., Kürbis 20 bis 24 Pfg., Zwiebeln ohne Schälten 40 bis 50 Pfg., Roharber Blattsalat 17 bis 20 Pfg.; Obst: das Pfund Erdbeeren erste Sorte 90 bis 100 Pfg., Erdbeeren zweite Sorte 85 bis 75 Pfg., Johannisbeeren 38 Pfg., Kirchen rote 35 bis 60 Pfg., schwarze 55 bis 60 Pfg., Stachelbeeren 25 Pfg.; Die Preise stellen die Höchstgrenze dar, bis zu welcher der Kleinverkaufspreis für gute Ware noch als gerechtfertigt erachtet wird.

Preise für Seefische. Die Richtpreis-Kommission hat von der Festsetzung der Richtpreise für Seefische für diese Woche wegen der geringen und infolge der holländischen Ausfuhrbeschränkung unsicheren Zufuhr und wegen der hohen und schwankenden Preise bis auf folgende 8 Sorten abgesehen: Klein-Mittelschellfisch 1/2 bis 1 Pfund schwer, ungeputzt ab Laden 88 Pfennig für das Pfund, Zwischschellfisch ab Laden 80 Pfennig für das Pfund, Klein-Mittelschellfisch 1 bis 2 Pfund schwer, ungeputzt ab Laden 88 Pfennig für das Pfund. Diese im Verhältnis zu den Einkaufspreisen niedrigen Preisfestsetzung war nur unter Berücksichtigung des von der Stadt zu leistenden Zuschusses möglich. Wer die Richtpreise überschreitet,

hat, sofern der Preis einen übermäßigen Gewinn enthält, Bestrafung wegen Preistreiberei zu gewärtigen.

Freiwillige Helfer gesucht! Zur Sichtung und Ordnung der bei der Reichsbuchwoche zusammengekommenen Bücherbestände werden geeignete freiwillige Hilfskräfte gesucht, welche sich verpflichten können, einige Vormittage oder Nachmittage in der Woche regelmäßig sich dieser Tätigkeit zu widmen. Anmeldungen nimmt entgegen der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung, Paulsplatz 10.

Neues aus aller Welt.

Eine Familie verbrannt. In Schillersdorf im Kreise Ratibor fand der Bergmann Olscher mit seinen 4 Kindern den Tod in den Flammen. Olscher war auf Urlaub in Schillersdorf bei Verwandten und machte mit seinen Kindern einen Spaziergang, von dem er nicht zu den Verwandten zurückkehrte. Er übernachtete in seinem wegen Bauunfalligkeit gesperrten Hause. Dieses ging in der Nacht in Flammen auf und am Morgen wurden die fünf verkohlten Leichen unter den Trümmern gefunden.

Telegramme.

Die irische Frage.

Amsterdam, 26. Juni. (B. S. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureau: Eine Versammlung der irischen Partei in Dublin beschloß mit allen gegen 2 Stimmen, die Vorschläge von Lloyd George, die auf einen vorläufigen Ausgleich in der irischen Frage hingen, anzunehmen.

Die Kriegführung der Engländer.

Konstantinopel, 26. Juni. (B. S. Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht: Die englischen Schiffe bombardieren noch jetzt von Zeit zu Zeit unterirdische Ortschaften am Ufer des Roten Meeres ohne militärische Gründe; sie richten bei Feuer hauptsächlich auf heilige Stätten, Moscheen und Schulen. Nach dem letzten Bericht beschloß ein englisches Schiff das russische Schiff Samid an dem Ufer von Medina, ein anderes Schiff beschloß den Hafen Dscheddah an dem Ufer Mekkas.

Anmeldung zur Landsturmrolle (Stadtfreis Wiesbaden).

Die in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1899 geborenen Landsturmpflichtigen werden hiermit aufgefordert, sich am Donnerstag den 29. und Freitag den 30. Juni d. Js., vorm. von 8 bis 12 1/2 Uhr, unter Vorlage ihrer Geburtsurkunde oder anderer behördliche Urkunden (Invalidentkarte, Arbeitsbuch usw.) im Rathaus, Zimmer Nr. 27, zu melden.

Wiesbaden, den 23. Juni 1916.
Der Magistrat.

Abgabe von Kartoffeln und Dörrgemüse.

Von Montag den 26. Juni ab werden alle vor diesem Tage gültigen Kartoffelmarken und Kartoffelzusatzmarken für ungültig erklärt. Zusatzmarken können vom 26. Juni ab nicht mehr abgegeben werden. Von Montag den 26. Juni ab werden auf eine auf einen Kumpf lautende Kartoffelmarke nur 5 Pfund Kartoffeln abgegeben.

Als Ersatz für die pro Kartoffelmarke in Abzug gekommenen 2 Pfund Kartoffeln werden bis auf weiteres 100 Gramm Dörrgemüse abgegeben, jedoch nur in 1/2-Pfund-Paketen, sodas für jeweils 1 bis 3 Kartoffelmarken, auf die je 5 Pfund Kartoffeln bezogen werden, gleichzeitig 1/2 Pfund Dörrgemüse bezogen werden kann. Das Dörrgemüse wird an die Einwohner bis zu einem Einkommen von 5000 Mark zu 30 Pfg. das halbe Pfund-Paket abgegeben. Personen, die einen roten Stempel auf ihrer Brotausweis-Karte nicht haben, erhalten das Dörrgemüse zum Preise von 30 Pfg. ohne weiteren Nachweis; diejenigen Personen, die einen roten Stempel auf ihrer Brotausweis-Karte haben, aber nur dann, wenn sie ein Einkommen von 3000 bis 5000 Mark haben und ihren Stempel vorlegen.

Der Verkauf der Dörrgemüse an die vorgenannten Personen erfolgt gleichzeitig mit dem Verkauf der Kartoffeln an der Kartoffelkasse im Museum bzw. am Marktstand.

Personen, die ein Einkommen über 5000 Mark haben, können Dörrgemüse nur in den hiesigen einschlägigen Geschäften kaufen.

Der Kartoffelpreis bleibt wie bisher bestehen.

Wiesbaden, den 24. Juni 1916.

Der Magistrat.

Fleischverteilung.

Die Fleischbezugscheine für Hotels, Anstalten usw. für die am Mittwoch den 28. d. Mts. beginnende Verteilungswache werden von

Montag den 26. Juni ab während der üblichen Dienststunden im Zimmer 38 des Rathauses herausgegeben.

Die Bezugscheine für die abgelaufene Woche sind mitzubringen.

Wiesbaden, den 24. Juni 1916.

Der Magistrat.

Eier-Verteilung.

Die in Gruppe IV der Eierkarte enthaltenen Abschnitte 4a, 4b und 4c werden von Mittwoch den 28. Juni ab in Gültigkeit gesetzt. Die bisherige Eierkarte der Gruppe III bleibt noch einige Tage in Gültigkeit. Die Eierkarte der Gruppe II wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 27. Juni 1916.

Der Magistrat.